

 Stadt. Land. Bach.Für den Landkreis
München in Berlin.

Bela Bach MdB

Liebe Leserin, lieber Leser,

in diesem Newsletter habe ich sowohl die vergangene Sitzungswoche als auch die spannendsten Veranstaltungen und Termine im Wahlkreis zusammengestellt. Dadurch deckt er eine große Bandbreite meiner Arbeit als Abgeordnete ab. Manches konnten wir erfolgreich abschließen, anderes, wie etwa den Entwurf für den Bundeshaushalt 2021 beginnen und wieder anderes, wie etwa die Reform der StVO, mussten wir weiter aufschieben, weil die Grünen im Bundesrat den Kompromiss blockieren.

Trotzdem bleibt alles in Bewegung, weshalb schon bald der nächste Newsletter mit dem Schwerpunkt Berlin erscheinen wird.

Bei der Lektüre des Newsletters wünsche ich viel Vergnügen!

Freundschaft!



LINK

Rede am 09.09.2020

Rede zum Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses 2019

“

Wir sollten das Petitionswesen bekannter machen – z.B. durch einen eigenen Social Media Auftritt

”



In meiner Rede zum Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses 2019 habe ich deutlich gemacht, warum wir das Petitionswesen stärken müssen. Wer eine Petition auf einer privaten Kampagnenplattform unterschreibt, muss wissen, dass die Petition keine Rechtskraft entfaltet. Sie läuft also im Zweifel einfach ins Leere. Petitionen an den Deutschen Bundestag landen hingegen bei Abgeordneten – und werden im Petitionsausschuss des Bundestages behandelt. Sie können also tatsächlich Veränderungen bewirken. Kaum jemandem ist dieser grundlegende Unterschied jedoch bewusst. **Deswegen habe ich dafür plädiert, dass wir das Petitionswissen bekannter machen – z. B. durch einen eigenen Social Media Auftritt – und stärker digitalisieren.**

■ Besuch im Luft- und Raumfahrtzentrum in Oberpfaffenhofen

Die Forschung ist am Zug!

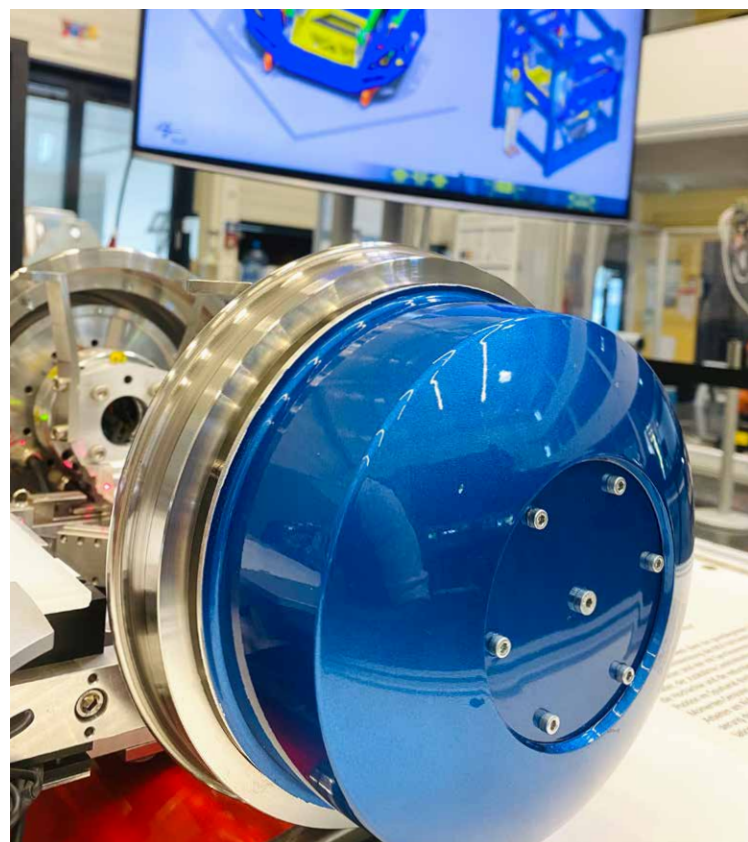
Am 14.09. habe ich das Luft- und Raumfahrtzentrum in Oberpfaffenhofen besucht. Dort wurden mir praxistaugliche Technologien und theoretische Konzepte aus dem Bereich der Verkehrstechnik vorgestellt. **Mit fast 2.000 Mitarbeiter*innen ist der Standort Oberpfaffenhofen ein sehr wichtiger Arbeitgeber in Oberbayern, was auch im Landkreis München zu spüren ist.**

Beispielsweise wurde mir ein neues System zur Kollisionswarnung bei Zügen vorgestellt, das einfach nachrüstbar ist und die Sicherheit auf der Schiene weiter erhöhen kann. Zudem bekam ich einen kleinen Einblick in die Ideen des Next Generation Train, dessen Konzept die vielen innovativen Technologien in einem theoretischen Schienenfahrzeug bündelt.

■ Besuch im Luft- und Raumfahrt- zentrum in Oberpfaffenhofen

Fortsetzung von Seite 3

Ich war sehr beeindruckt von der Arbeit der vielen Forscher*innen vor Ort und von ihrer Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Themenbereichen. So entstehen bahnbrechende Technologien für unseren Alltag. **Die Politik muss Forschungs- und Entwicklungsstandorte wie Oberpfaffenhofen unbedingt weiter fördern.**



Im Bild zu sehen: Eine Drohne, ausgestattet mit Infrarot- und Wärmebildkamera, ermöglicht eine schnellere Rettung der Patienten.



V.l.n.r.: Zekeriya Ceyhanli (Standortleiter Oberpfaffenhofen, Augsburg, Weilheim), Bela Bach MdB und Prof. Dr. Thomas Strang (Institut für Kommunikation und Navigation; Institutsprojektmanagement und -administration).

■ **StVO-Reform: Grüne verhindern Kompromiss im Bundesrat**

Die ursprünglich Anfang des Jahres beschlossene Reform der Straßenverkehrsordnung (StVO), die eine Reihe von Verschärfungen enthielt und damit zu mehr Sicherheit im Straßenverkehr beigetragen hätte, war aufgrund eines Zitierfehlers nichtig. Als zuständige Berichterstatterin im Verkehrsausschuss bedauere ich sehr, dass sich der Bundesrat wegen der Blockadehaltung der Grünen nicht auf eine Reform einigen konnte.

Die Länderkammer hat am Freitag (25.09.) keinen der angebotenen Vorschläge zur Reform der Straßenverkehrsordnung angenommen. Verbesserungen, welche die neue StVO mit sich bringen würde, können nun weiterhin nicht umgesetzt werden. Dazu zählen beispielsweise die Sanktionsverschärfungen für Verstöße im ruhenden Verkehr, also etwa die Behinderung von Fahrradfahrer*innen durch Überparken von Fahrradstreifen. Die neue StVO kann erst dann in Kraft treten, wenn der Bundesrat seine Zustimmung erteilt. Die Grünen haben den präsentierten Kompromissvorschlag im Bundesrat aber blockiert.



■ **StVO-Reform: Grüne verhindern**

Kompromiss im Bundesrat

Fortsetzung von Seite 5

Es ist ärgerlich, dass Fahrradfahrer*innen nun weiterhin keinen verbesserten Schutz genießen dürfen, **weil die Grünen nicht bereit sind, von ihren Maximalforderungen abzurücken**. Je schneller die Reform der StVO beschlossen wird, desto schneller können die verbesserten Regelungen schwächere Verkehrsteilnehmende schützen. **Hier sollte Pragmatismus im Vordergrund stehen und nicht Ideologie.**

Als SPD-Bundestagsfraktion werden wir uns ebenso dafür stark machen, dass ein Fahrverbot bei einer Geschwindigkeitsüberschreitung von 21 Kilometern pro Stunde innerorts künftig etwa vor Schulen und Kindergärten verhängt werden kann. Wir plädieren ebenso dafür, dass Senior*innenwohnanlagen und Krankenhäuser in diese Regelung einbezogen werden.

Wie geht es nun weiter? Der Reformprozess wird sich mindestens noch einen Monat in die Länge ziehen. Immerhin gibt es die Bereitschaft, weiter zu verhandeln, so dass ich davon ausgehe, dass die „Reform der Reform“ der StVO bis November abgeschlossen werden kann.



■ „Fair statt mehr“ in Garching



Diskussion über das aktuelle Lieferkettengesetz im Rahmen der Fairtrade Deutschlandwoche

Fairer Handel bedeutet vor allem, Menschenrechte zu achten. Deshalb ist es mir sehr wichtig und kämpfe ich dafür, dass Deutschland ein verbindliches Lieferkettengesetz einführt. Bei der von mir organisierten Veranstaltung „Fair statt mehr“ in Garching haben wir im Rahmen der bundesweit stattfindenden FairenWoche, die größte Aktionswoche des Fairen Handels, den Film „Make The World a Better Place“ gezeigt. In dem Film erzählen Menschen am Anfang der Lieferketten, was für eine Welt sie sich für die Zukunft wünschen. Eine Welt, in der allen ein gutes

„Fair statt mehr“ in Garching

Fortsetzung von Seite 7



Dr. Dietmar Gruchmann, Bürgermeister Garching:
Rege Diskussionen und Denkansätze prägten die
Veranstaltung.



Leben ermöglicht wird. Für nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion spielt der faire Handel nämlich eine entscheidende Rolle. Ob bei Kaffee, Kakao oder Bananen, Saft, Tee, Reis, Honig, Zucker bis hin zu Wein oder Textilien, Schnittblumen, Kosmetika und auch Gold macht Fairtrade einen entscheidenden Unterschied. So wurde die Fairtrade Deutschlandwoche unter das Motto „#FairHandeln für ein gutes Leben“ gestellt.

Zusammen mit Henriette Seydel, Referentin Fairtrade Deutschland, diskutierten wir dabei über die **Bedeutung eines Lieferkettengesetzes in Deutschland**. Konzerne, die weltweit agieren und Gewinne erwirtschaften, wählen Produktionsstandorte nämlich oft dort aus, wo die Menschenrechtsstandards niedrig und der Staat schwach ist. Damit verschaffen sie sich gegenüber allen fair wirtschaftenden Unternehmen, die sich freiwilligen Selbstverpflichtungen unterwerfen, einen Wettbewerbsvorteil. Für mich ist es endlich an der Zeit, und da stimmten

„Fair statt mehr“ in Garching

Fortsetzung von Seite 8



Zusammen mit Henriette Seydel (links), Referentin Fairtrade Deutschland, diskutierten wir über die Bedeutung eines Lieferkettengesetzes in Deutschland. Rechtes Bild: Dr. Ulrike Haerendel.

mir Bürgermeister Dr. Dietmar Gruchmann und Ortsvereinsvorsitzende Dr. Ulrike Haerendel sowie die Anwesenden von der SPD Garching zu, dass ein verbindliches Lieferkettengesetz eingeführt wird. Zuerst national in Deutschland und im zweiten Schritt ein europäisches Gesetz. Nur so ist unser Kampf für Menschenrechte auch glaubwürdig. Allein 73 Millionen Kinder weltweit sind beispielsweise von Kinderarbeit betroffen. Und nur ein Bruchteil der Unternehmen weltweit folgt den Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte der UN aus dem Jahr 2011. **So klar die SPD hinter dem geplanten und im Koalitionsvertrag beschlossenen Lieferkettengesetz steht, so zurückhaltend geht die Union leider vor.** Sie will entscheidende Punkte entschärfen. Aktuell blockiert vor allem Wirtschaftsminister Peter Altmaier. Er will nur Unternehmen ab 5.000 statt wie wir ab 500 Mitarbeitern verpflichten, die Lieferketten nachzuweisen. So aber verwässern wir den geplanten Schutz der Menschenrechte entscheidend. Auch, dass Altmaier keine Haftungsregelung vornehmen will, wird mit der SPD nicht zu machen sein. **Wir wollen Menschenrechte und fairen Handeln ohne Schlupflöcher sichern.** Dabei eilt das Lieferkettengesetz, damit die Unternehmen endlich verpflichtet werden können, ihrer Verantwortung gegenüber Menschenrechten und Umweltschutz auch im Ausland nachzukommen.

Bericht aus Berlin

Hilfe für Geflüchtete in Griechenland

Planet und Gesellschaft müssen intakt bleiben

Fit für die Zukunft - trotz Corona!

Krankenhäuser werden finanziell gestärkt, Eltern unterstützt

Mehr Recycling, weniger Einwegprodukte

Hilfe für Geflüchtete in Griechenland

Nach dem verheerenden Brand auf der griechischen Insel Lesbos haben sich die Koalitionspartner darauf verständigt, weitere 1553 Flüchtlinge aufzunehmen. Das ist auch ein Erfolg der SPD-Fraktion.

1553 Geflüchtete können nun nach Deutschland kommen – zusätzlich zu den 150 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, deren Aufnahme Deutschland bereits letzte Woche zugesagt hatte. Zusammen mit den rund 1.000 Menschen, deren Aufnahme Deutschland bereits vor einigen Monaten zugesagt hatte, nimmt die Bundesrepublik insgesamt ca. 2.750 Personen aus Griechenland auf.

Eine grundsätzliche Lösung gelingt nur mit einer Neuausrichtung der europäischen Flüchtlingspolitik und des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems. Wir SPD-Bundestagsabgeordnete haben dazu schon im Sommer klare Vorschläge beschlossen: Weg vom Prinzip der Zuständigkeit des Ersteinreisestaates – und hin zu einer gerechten und solidarischen Verteilung geflüchteter Menschen auf die einzelnen EU-Mitgliedstaaten!

Planet und Gesellschaft müssen intakt bleiben

Der Bundestag diskutierte in der Nachhaltigkeitswoche, wie man das Prinzip auf alle Politikbereiche anwenden kann. Dabei darf das Soziale nicht vernachlässigt werden.

Anlässlich der Nachhaltigkeitswoche haben die Fraktionen von CDU, CSU und SPD einen Antrag erarbeitet, der das Thema Nachhaltigkeit als Grundprinzip politischer Entscheidungen würdigt. Es müsse noch viel stärker gelingen, die drei Nachhaltigkeitsdimensionen Ökologie, Ökonomie und Soziales in Einklang zu bringen sowie die Wechselwirkungen zwischen ihnen zu betrachten, heißt es darin.



LINK

[Der Antrag zum Download](#)

Mehr Recycling, weniger Einwegprodukte

Zukünftig werden Abfallproduzenten stärker in die Verantwortung genommen. Die Recyclingquoten müssen steigen. Produzenten werden in die Verantwortung genommen, für Langlebigkeit und Reparierbarkeit ihrer Produkte zu sorgen.

Zum Beispiel müssen sich Hersteller von Einwegprodukten – wie Kaffeebecher und Zigarettenskippen – in Zukunft an den Reinigungskosten der Kommunen beteiligen. Der Bund muss bei Anschaffungen künftig Erzeugnisse aus recyceltem Material bevorzugen.

Die SPD-Fraktion hat durchgesetzt, dass öffentlich-rechtliche Entsorger ein Klagerecht erhalten, wenn geltende Bestimmung zur Entsorgung nicht eingehalten wurden. Wenn wir Umweltschutz konsequent denken wollen, müssen wir uns auch mit unserem Abfall beschäftigen.

Krankenhäuser werden gestärkt, Eltern unterstützt

Der Bund stellt Kliniken drei Milliarden Euro zur Modernisierung und Digitalisierung sowie für Personalkosten zur Verfügung. Zudem erhalten Eltern mehr Krankentage für ihre Kinder.

Das im Konjunkturpaket beschlossene „Zukunftsprogramm Krankenhäuser“ wird endlich konkret umgesetzt und soll voraussichtlich im Oktober 2020 in Kraft treten. Die wichtigsten Regelungen im Überblick:

Über 4 Milliarden Euro für die Modernisierung von Krankenhäusern: Ab dem 1. Januar 2021 wird beim Bundesamt für Soziale Sicherung ein Krankenhauszukunftsfonds eingerichtet. Über die Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds stellt der Bund drei Milliarden Euro zur Verfügung. Die Länder und/oder die Krankenhausträger übernehmen 30 % der Investitionskosten. Somit steht ein Fördervolumen von bis zu 4,3 Milliarden Euro zur Verfügung.

Förderung von Notfallkapazitäten und digitaler Infrastruktur:

Gefördert werden Investitionen in moderne Notfallkapazitäten und digitale Infrastruktur, z. B. Patientenportale, elektronische Dokumentation von Pflege- und Behandlungsleistungen oder digitales Medikationsmanagement. Auch erforderliche personelle Maßnahmen können durch den Fonds finanziert werden.

Unterstützungen für Eltern und Pflegende: Der Leistungszeitraum des Kinderkrankengeldes wird zeitlich auf das Jahr 2020 begrenzt ausgedehnt. Im Bereich der Pflege werden wesentliche bisher befristete Regelungen zur finanziellen Entlastung und Unterstützung verlängert.

Fit für die Zukunft - trotz Corona!

Letzte Woche wurde im Bundestag der Haushaltsentwurf für das kommende Jahr beraten. Sage und schreibe 55 Milliarden Euro sind für Investitionen vorgesehen.

Die Finanzpolitik der letzten Jahre war vorausschauend - deshalb können wir uns die gerade in Krisenzeiten so wichtigen Investitionen in die Zukunft leisten.

In der durch die Corona-Pandemie verursachten Wirtschaftskrise müssen wir mit massiv geminderten Steuereinnahmen rechnen.

Um die 96 Milliarden Euro an Krediten kommen wir also nicht herum.

Doch wir sagen: das ist der richtige Weg, um unsere Wirtschaft anzukurbeln und gestärkt aus der Krise zu kommen, ohne Menschen zurückzulassen.

Deshalb investieren wir breit gefächert: In Zukunftstechnologien wie Künstliche Intelligenz, die schon in vielen Wirtschaftsbereichen unersetzlich geworden ist genau so wie in Krankenhäuser, Wohnraum, Familien und Alleinerziehende, unsere Kommunen und humanitäre Hilfe.

Als Mitglied im Verkehrsausschuss begrüße ich auch sehr, dass fast 19 Milliarden Euro an Investitionen in den Verkehrsbereich fließen.

Besonders in die klimafreundliche Schiene und alternative Antriebe wird investiert, um die Verkehrswende auch in Zeiten von Corona voranzutreiben.

Bela Bach MdB

Für den Landkreis München in Berlin.



Kontakt:

bela.bach@bundestag.de

Mitglied im **Verkehrsausschuss**
und **Petitionsausschuss**

Stellvertretendes Mitglied der
**Parlamentarischen Versammlung
des Europarates**

Ordentliches Mitglied des **Aus-
schusses für Recht und Menschen-
rechte der Parlamentarischen
Versammlung des Europarates**

Stellvertretendes Mitglied im
Umweltausschuss